

# Bewertungsrichtlinie der Gemeinde Höpfingen

---



**Nadine Henn**

**22.05.2023**

## Inhaltsverzeichnis

1. Präambel.....	2
2. Ziele der Bewertung .....	2
3. Grundsätze der Bewertung.....	2
4. Aktivseite der Bilanz .....	4
4.1 Immaterielle Vermögensgegenstände .....	4
4.2 Sachvermögen .....	4
4.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	5
4.2.2 Bebaute Grundstücke und Betriebsvorrichtungen.....	5
4.2.3 Infrastrukturvermögen .....	7
4.2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung .....	9
4.3 Finanzvermögen.....	10
4.3.1 Sondervermögen.....	10
4.3.2 Ausleihungen.....	10
4.3.3 Wertpapiere.....	11
4.3.4 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen, Privatrechtliche Forderungen.....	11
5. Anlagen .....	12
5.1 Rückindizierungstabelle.....	12

## 1. Präambel

Aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens muss die Gemeinde Höpfingen ihr gesamtes Vermögen bewerten.

Um die Dokumentation während der Vermögensbewertung zu vereinfachen und eine allgemein gültige Bewertungsvorlage für alle künftigen Bilanzpositionen zu erhalten, wurde eine Bewertungsrichtlinie entwickelt.

Diese Bewertungsrichtlinie stellt eine zentrale Arbeitshilfe zur Vermögensbewertung dar und dient als Grundlage für spätere Prüfungen.

## 2. Ziele der Bewertung

Ziel der Bewertung ist eine detaillierte Übersicht über die Vermögenslage. Hierbei sollen möglichst die tatsächlichen Verhältnisse dargestellt werden. Das Vorgehen bei der Bewertung der Vermögensgegenstände basiert auf den Regelungen der GemO und der GemHVO.

Da die gesetzlichen Regelungen lediglich Rahmenbedingungen für das Vorgehen zur Bewertung und zur Erstellung der Eröffnungsbilanz darstellen, beruht das Vorgehen zur Bewertung in Höpfingen im Wesentlichen auf den Ausführungen im „Leitfaden zur Bilanzierung nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) Baden-Württemberg“.

Der Leitfaden zur Bilanzierung ist eine Orientierungs- und Arbeitshilfe für alle Kommunalverwaltungen und Verbände.

Diese Richtlinie regelt das Vorgehen bei der erstmaligen Bewertung im Rahmen der Eröffnungsbilanz sowie das künftige Vorgehen bei der Aktivierung von Vermögensgegenständen.

Der Leitfaden zur Bilanzierung wurde vom Datenverarbeitungsverbund Baden-Württemberg (DVV Baden-Württemberg), Vertretern aus Städten und Landkreisen sowie den Vertretern der Kommunalen Landesverbänden erarbeitet und inhaltlich mit dem Innenministerium und der Gemeindeprüfungsanstalt abgestimmt.

## 3. Grundsätze der Bewertung

Grundsätzlich werden die Vermögensgegenstände mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) angesetzt (§ 91 Abs. 4 GemO), vermindert um die bis dato angefallenen Abschreibungen. Alle Vermögensgegenstände, die vor dem 01.01.2013 (sechs Jahre vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz 01.01.2019) angeschafft oder hergestellt wurden, können nach Erfahrungswerten bewertet werden. Von dieser Möglichkeit wird größtenteils Gebrauch gemacht.

Bei der Vermögenserfassung und –bewertung gelten die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB).

Sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht oder nicht ohne unverhältnismäßig großen Aufwand ermittelbar, so können die gesetzlichen Vereinfachungsregelungen der GemHVO angewandt werden.

Die Unterlagenrecherche erfolgte im Juni – Juli 2022 in den Räumlichkeiten der Gemeinde Höpfingen. Zu diesen bewertungsrelevanten Unterlagen zählen insbesondere:

- Erwerbsurkunden
- Nebenkostenbelege
- Weitere notwendige Unterlagen zur Ermittlung der AHK
- Ordner von Herrn Mühling

## 4. Aktivseite der Bilanz

### 4.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Kontenart	001	Konzessionen
	002	Lizenzen
	003	Ähnliche Rechte
	004	Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen
	005	Aktivierter Umstellungsaufwand
	008	Sonstiges immaterielles Vermögen
	009	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind

- werthaltig
- abgrenzbar
- unkörperlich
- einzeln existent
- selbstständig bewertbar

Beispiele für immaterielle Vermögensgegenstände sind Lizenzen, Software, Konzessionen, sonstige Nutzungsrechte, Patente und Schutzrechte.

Bewertung:

Immaterielle Vermögensgegenstände werden erst ab einem Anschaffungswert von **mehr als 800 € netto** aktiviert. Außerdem werden sie nur in die Eröffnungsbilanz aufgenommen, wenn die Anschaffung innerhalb von **sechs Jahren** vor dem Bilanzstichtag 01.01.2019 erfolgt ist. Nach dem Bilanzstichtag 01.01.2019 gilt für immaterielles Vermögen eine Wertgrenze zur Aktivierung von **800 € netto**.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten bewertet. Es besteht ein Aktivierungsverbot für selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände (z.B. selbst programmierte Software). **Kosten für Schulungsmaßnahmen**, die durch die Einführung einer neuen Software entstehen, **gehören nicht zu den Anschaffungskosten**. Sie sind als laufender Aufwand zu buchen.

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden über ihre planmäßige Nutzungsdauer linear abgeschrieben (Software entsprechend Nutzungsdauer, Lizenzen entsprechend Geltungsdauer). Wenn keine Nutzungsdauer bekannt ist, werden 7 Jahre als Abschreibungsdauer angesetzt (Laut Leitfaden zur Bilanzierung max. 10 Jahre).<sup>1</sup>

### 4.2 Sachvermögen

Werden Vermögensgegenstände entgeltlich erworben, so sind die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz auszuweisen.

Beim unentgeltlichen Erwerb wird ein fiktiver Anschaffungswert des Vermögensgegenstandes auf der Aktivseite angesetzt. Ihm gegenüber steht ein Sonderposten auf der Passivseite in gleicher Höhe.

Erhöht sich der Wert von Grundstücken im Umlegungsverfahren, so ist in der Höhe der Wertsteigerung ein Sonderposten zu bilden, der dann bei einem Grundstücksverkauf aufgelöst und als ordentlicher Ertrag ergebniswirksam wird.

Wenn für einen Vermögensgegenstand das monatsgenaue Datum der Anschaffung oder Herstellung nicht ermittelt werden kann, wird unterstellt, dass die Anschaffung oder Herstellung zum 01.01. des jeweiligen Jahres erfolgte und ab diesem Zeitpunkt abgeschrieben wird.

Für abgeschriebene Vermögensgegenstände wird ein Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt. Dadurch bleibt der Vermögensgegenstand in der Anlagenbuchhaltung bestehen.

---

<sup>1</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand August 2017, S. 33.

#### 4.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Kontenart	011	Grünflächen
	012	Ackerland
	013	Wald, Forsten
	019	sonstige unbebaute Grundstücke

Grundstücke, die nach dem 01.01.2013 erworben wurden, sind zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen. Alle vor dem 01.01.2013 angeschafften Grundstücke werden nach den jeweiligen Erfahrungswerten bewertet.

Für unbebaute Grundstücke, insbesondere **Bauplätze** wird der Bodenrichtwert (=BRW) oder der örtliche Verkehrswert zum Anschaffungszeitpunkt angesetzt. Liegen die BRW des Anschaffungsjahres nicht vor, wird der aktuelle BRW herangezogen. Dieser ist mithilfe der Kaufpreissammlung auf das jeweilige Anschaffungs-/ Herstellungsjahr zu indizieren.<sup>2</sup>

Bei **Waldflächen** werden zur Vereinfachung feste Hektar-Preise (nur für die Erstellung der Eröffnungsbilanz) angesetzt. Die Grundstücksfläche wird mit 2.600 € pro Hektar (**0,26 €/qm**) bewertet. Für den Aufwuchs schlägt der Bilanzierungsleitfaden eine Spanne von 7200 € bis 8200 € pro Hektar vor. Somit wird der Aufwuchs mit dem Mittelwert von 7.700 € pro Hektar (**0,77 €/qm**) bewertet.<sup>3</sup> Wie der Grundstückswert, bleibt auch der Wert des Aufwuchses als fester Wert in der Bilanz erhalten; er unterliegt keiner Abschreibung.<sup>4</sup>

Für **landwirtschaftlich** genutzte Flächen wird der in der Bodenrichtwertkarte 2014 festgelegte Wert angesetzt. Eine Rückindizierung auf das Anschaffungsjahr ist nicht erforderlich.<sup>5</sup> Für die Gemeinde Höpfingen und Waldstetten wird dieser Wert entsprechend der in der Bodenrichtwertkarte 2014 festgelegten Bandbreite **0,9 €/qm** in Höpfingen und **0,7 €/qm** in Waldstetten angesetzt.

Für **Grundstücke von Grünflächen und Unland** (Bachgrundstücke, Gräben) wird ebenfalls der örtliche Wert mit **0,9 €/qm** in Höpfingen und **0,7 €/qm** in Waldstetten entsprechend des für landwirtschaftliche Flächen festgelegten Werts angesetzt.<sup>6</sup> Eine Rückindizierung auf das Anschaffungsjahr ist ebenfalls nicht erforderlich.

Befinden sich auf einem Grundstück Gebäude, deren Zweckbestimmung und der Wert gegenüber der Zweckbestimmung und dem Wert des Grund und Bodens von untergeordneter Bedeutung sind, so gilt das Grundstück als unbebaut. Grundstücke mit Regenüberlaufbecken (RÜB) gelten als unbebaute Grundstücke. Das RÜB ist als separater Vermögensgegenstand zu erfassen.

Grundstücke, für welche die Gemeinde Höpfingen Erbbaurechtsgeber ist, müssen in das Anlagevermögen aufgenommen werden; nur das Erbbaurecht selbst findet keine Berücksichtigung.

#### 4.2.2 Bebaute Grundstücke und Betriebsvorrichtungen

Kontenart	021	Grundstücke mit Wohnbauten
	022	Grundstücke mit sozialen Einrichtungen
	023	Grundstücke mit Schulen
	024	Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen
	029	Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden

---

<sup>2</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand Juni 2017, S. 95/96 und Geschäftsbericht der GPA von 2014, S 60/61.

<sup>3</sup> § 62 Abs. 4 S. 2 Nr. 1 und 2 GemHVO.

<sup>4</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand Juni 2017, S. 99.

<sup>5</sup> Geschäftsbericht der GPA von 2014, S. 60/61.

<sup>6</sup> § 62 Abs. 2 S. 1 und Abs. 3 GemHVO.

Das Grundstück ist getrennt vom Gebäude bzw. der Betriebsvorrichtung zu bilanzieren. Für die Bewertung wird der in der Bodenrichtwertkarte 2014 festgelegte Wert herangezogen. Eine Rückindizierung auf das Anschaffungsjahr ist nicht erforderlich.<sup>7</sup>

Grundstücke im Gemeingebrauch (mit öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Rathaus, etc.), sind dem allgemeinen Grundstücksverkehr entzogen und werden deshalb mit einem Abschlag von **50%** des Bodenrichtwerts aus der direkten Umgebung bewertet.<sup>8</sup>

Im Unterscheid zu Grundstücken –die nicht an Wert verlieren und daher nicht abgeschrieben werden– müssen die Gebäude und Betriebsvorrichtungen über ihre jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Im Idealfall sind das Anschaffungsjahr und die AHK des Gebäudes bzw. der Betriebsvorrichtung bekannt und man kann mit Hilfe der Nutzungsdauer den Restbuchwert ermitteln. Für die Gebäude, deren AHK nicht bekannt sind, wird für die Erstbewertung das Gebäudeversicherungswertverfahren angewandt.<sup>9</sup> Bei der Bewertung nach dem Gebäudeversicherungswertverfahren wird in acht Schritten vorgegangen:

- Schritt 1: Ermittlung des Zeitpunktes der Anschaffung oder Herstellung  
→ Zeitpunkt bekannt: Dieses Datum verwenden  
→ Zeitpunkt unbekannt: Es wird der 01.01.1974 als Anschaffungsdatum angenommen
- Schritt 2: Festlegung der Gesamtnutzungsdauer  
Für die Gebäude der Gemeinde Höpfingen wurden folgende Nutzungsdauern festgelegt:  
Schulgebäude/Kindergärten: **45 Jahre** (aufgrund stärkerer Beanspruchung)  
Gebäude, massiv: **50 Jahre**  
Gebäude, teilmassiv: **40 Jahre** (Holz-, Blech-, Glaskonstruktionen, Leichtbauweise)  
Gebäude, sonstige Bauweise: **30 Jahre** (Garagen, Nebengebäude, Schuppen, Toilettenhäuschen, Gewächshaus, Pavillon, Waldhütte)  
Gebäude nach Sanierung: **25 Jahre**
- Schritt 3: Multiplikation des Versicherungswertes (in Reichsmark/Goldmark) aus dem Versicherungsschein der Gebäudebrandversicherung mit dem Baupreiskostenindex des Indizierungsjahres → man erhält die AHK in DM
- Schritt 4: Umrechnung in Euro (1 Euro = 1,95583 DM)
- Schritt 5: Berechnung der kumulierten Abschreibung  
(AHK werden durch Gesamtnutzungsdauer geteilt und jährlicher Abschreibungsbetrag mit bisheriger Nutzungszeit multipliziert)
- Schritt 6: Ermittlung des Restbuchwerts zum Eröffnungsbilanzstichtag  
(Abzug der kumulierten Abschreibung von den AHK)

### Abbruchkosten

Es wird unterschieden zwischen Grundstücken nach Neuzugang und Grundstücken im Altbestand

<b>Neuzugang</b> = Grundstückszugang erfolgte innerhalb der letzten zehn Jahre mit dem Ziel eines Abbruchs	<b>Altbestand</b>
Nur Abbruch = Zuordnung zum Grundstückswert	Nur Abbruch (keine Bauabsicht) = ordentlicher Aufwand
Schaffung neuer Vermögensgegenstand = Zuordnung zum neuen Vermögensgegenstand	Schaffung neuer Vermögensgegenstand (Bauabsicht innerhalb der nächsten zehn Jahre) = Zuordnung zum neuen Vermögensgegenstand

<sup>7</sup> Geschäftsbericht der GPA von 2014, S. 60/61.

<sup>8</sup> Geschäftsbericht der GPA von 2014, S. 60/61 u. VWA-Seminar „Evaluierung des NKHR“, Bernd Klee.

<sup>9</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand Juni 2017, S. 104.

Wenn die Abbruchkosten höher sind als der Wert des neuen Vermögensgegenstandes, werden die Abbruchkosten dem Grundstück zugeordnet.	Wenn die Abbruchkosten höher sind als der Wert des neuen Vermögensgegenstandes, werden die Abbruchkosten als ordentlicher Aufwand ausgewiesen.
---	--

Für **Grundstücke von Spielplätzen, Kleingartenanlagen und Sportanlagen** (Konto 0241) wird der örtliche Durchschnittswert von **0,9 €/qm** in Höpfingen und **0,7 €/qm** in Waldstetten entsprechend des für landwirtschaftliche Flächen festgelegten Werts angesetzt. Eine Rückindizierung auf das Anschaffungsjahr ist nicht erforderlich.<sup>10</sup>

Im Sinne der Einzelbewertung sind bei den **Aufbauten von Sportanlagen** das Spielfeld, die Wege, die Parkplätze, die Tribüne, das Gebäude, die Leichtathletikanlagen und die Flutlichtanlage jeweils als separate Vermögensgegenstände zu bilanzieren. Für die Bewertung werden entsprechende aktuelle Kosten auf das Herstellungsjahr rückindiziert.

### 4.2.3 Infrastrukturvermögen

Kontenart	031	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens
	032	Brücken und Tunnel
	033	Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen
	034	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen
	035	Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen
	036	Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen
	037	wasserbauliche Anlagen
	038	Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen
	039	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Beim Infrastrukturvermögen ist grundsätzlich zu beachten, dass der Grund und Boden getrennt von der Infrastruktureinrichtung zu bewerten ist. Für den Grund und Boden wird der örtliche Durchschnittswert von **0,9 €/qm** in Höpfingen und **0,7 €/qm** in Waldstetten entsprechend des für landwirtschaftliche Flächen festgelegten Werts angesetzt.<sup>11</sup>

Der gesamte **Aufbau** einer Straße gilt als ein Vermögensgegenstand. Es ist keine Trennung nach Aufbauschichten vorzunehmen. Somit besteht eine Straße ausfolgenden eigenständigen Vermögensgegenständen:

- **Grund und Boden**
- **Straßenkörper**  
(einschl. Fahrbahnmarkierung, Straßenbegleitgrün, Böschungen, Verkehrsinseln, Gehwege, Straßenentwässerung und einfaches Straßenzubehör wie Verkehrszeichen, Leitplanken, Poller, Pfosten und Papierkörbe)
- **Hochwertiges Straßenzubehör** (jedes einzelne hochwertige Zubehör separat bilanzieren)  
(z.B. Straßenbeleuchtung, Schilderbrücken, Signalanlagen, Wegweisungen)
- **Bauwerke** (jedes Bauwerk separat bilanzieren)  
(z.B. Brücken, Lärmschutzbauwerke, Tunnel, etc.)

#### **Straßenkörper**

<sup>10</sup> § 62 Abs. 4 GemHVO und Geschäftsbericht der GPA von 2014, S. 60, 61.

<sup>11</sup> § 62 Abs. 4 S. 1 GemHVO



Die Bewertung des Straßenkörpers erfolgt zu den AHK vermindert um die kumulierte Abschreibung. Wenn die AHK nicht bekannt sind, wird folgendermaßen vorgegangen:

- Schritt 1: Definieren der Straßenart
- Schritt 2: Bewertung des Straßenkörpers zu den ortsüblichen Herstellungskosten (pauschalierter qm-Preis je Straßenart siehe unten)
- Schritt 3: Ermittlung des Herstellungsjahrs (Bauakten, Straßenwidmung, Beitragsabrechnungen)  
→ Jahr der Erschließungsbeitragsabrechnung wird als Herstellungsjahr vermutet
- Schritt 4: Rückindizierung auf das Herstellungsjahr  
Fläche x Herstellungskosten zum Bewertungszeitpunkt  
Baupreiskostenindex zur Rückindizierung

Die **Nutzungsdauern** für die verschiedenen Straßenarten wurden wie folgt festgelegt:

- Straßenart I: Schnellstraßen, Industriesammelstraßen: **30 Jahre**
- Straßenart II: Hauptverkehrsstraßen, Industriestraßen, Straßen im Gewerbegebiet: **30 Jahre**
- Straßenart III: Wohnsammelstraßen, Fußgängerzonen mit Ladeverkehr: **40 Jahre**
- Straßenart IV: Anliegerstraßen, befahrbare Wohnwege, Fußgängerzonen, asphaltierte/betonierte Wege (z.B. Gehwege): **40 Jahre**
- Straßenart V: nicht asphaltierte/ nicht betonierte Wege: **15 Jahre**

Als **pauschalierte Quadratmeterpreise** werden für die verschiedenen Straßenarten in Bezug auf das Jahr **2015** folgende Preise angesetzt:<sup>12</sup>

- Straßenart I und II: **133,00 €<sup>13</sup>** pro qm
- Straßenart III und IV: **109,50 €<sup>14</sup>** pro qm
- Straßenart V: **23,00 €<sup>15</sup>** pro qm

Diese Werte werden mithilfe des Baupreiskostenindexes Basis 1996 auf das jeweilige Anschaffungs-/ Herstellungsjahr indiziert.

Da einige Straßen beitragsfähig sind und bei ihrer Herstellung Erschließungsbeiträge vereinnahmt wurden, werden diese Erschließungsbeiträge analog zu den Abschreibungen über die Nutzungsdauer der Straßen aufgelöst und stehen den Abschreibungen gegenüber.

### Hochwertiges Straßenzubehör

Hochwertiges Straßenzubehör wird wie bewegliches Vermögen behandelt. Sofern die AHK mit vertretbarem Aufwand ermittelt werden können, wird das hochwertige Straßenzubehör separat bilanziert.

Folgende Nutzungsdauern werden für hochwertiges Zubehör angesetzt:<sup>16</sup>

- Straßenbeleuchtung **20 Jahre**
- Park- und Verkehrsleitsysteme **15 Jahre**
- Parkscheinautomaten **10 Jahre**
- Schilderbrücken **20 Jahre**
- Signalanlagen **15 Jahre**
- Wegweisungen **15 Jahre**

### Bauwerke

---

<sup>12</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand August 2014, S. 90.

<sup>13</sup> Mittelwert aus den im Leitfaden (S.112) festgelegten Pauschalsätzen für die Straßenarten I und II.

<sup>14</sup> Mittelwert aus den im Leitfaden (S.112) festgelegten Pauschalsätzen für die Straßenarten III und IV.

<sup>15</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand Juni 2017, S. 112.

<sup>16</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand Juni 2017, S. 114.

Auch hier gilt der Grundsatz der Bewertung nach tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Sollten diese nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand ermittelt werden können, dürfen auch in diesem Bereich folgende Erfahrungswerte – **bezogen auf das Jahr 1996** – angesetzt werden:<sup>17</sup>

### Brücken:

- Schwerlastbrücken  $\geq 60$  Tonnen (LM 1) mit **1.500 €/qm**
- Straßenbrücken zwischen 12 und 60 Tonnen mit **1.400 €/qm**
- Straßenbrücken  $\leq 12$  Tonnen mit **1.350 €/qm**
- Radfahr-/Fußgängerstege mit **1.350 €/qm**

Trogbauwerke mit **1.600 €/qm**

### Lärmschutzbauwerke:

- Gabionenwände mit **1.250 €/lfdm**
- Metallwände mit **1.750 €/lfdm**
- Betonwände mit **950 €/lfdm**
- Holzwände mit **1.100 €/lfdm**
- Lärmschutzwälle mit **1.100 €/lfdm**

Treppenanlagen mit **2.300 € je Stufe** (bei einer Breite von ca. 3,00m pro Stufe)

### Stützbauwerke:

- Trockenmauer mit **250,00 €/qm**
- Winkelstützmauer
  - Höhe von 0,80m mit **150,00 €/lfdm**
  - Höhe von 1,25m mit **200,00 €/lfdm**
  - Höhe von 2,00m mit **380,00 €/lfdm**
  - Höhe von 2,50m mit **560,00 €/lfdm**
- Ortbeton, d=0,25m
  - Höhe von 1,00m mit **230,00 €/lfdm**
  - Höhe von 2,00m mit **370,00 €/lfdm**
- Stahlbetonplatten zwischen IP-Träger:
  - Höhe von 2,00m mit **560,00 €/lfdm**

Folgende Nutzungsdauern werden für Straßenbauwerke angesetzt:

- |                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| ▪ Brücken aus Stahl, Stein, Beton | <b>60 Jahre</b>                               |
| ▪ Brücken überwiegend aus Holz    | <b>20 Jahre</b>                               |
| ▪ Stützmauern                     | <b>70 Jahre</b>                               |
| ▪ Lärmschutzanlagen               | <b>30 Jahre</b>                               |
| ▪ Renaturierungen                 | <b>20 Jahre</b>                               |
| ▪ Treppen (überwiegend Beton)     | <b>40 Jahre</b>                               |
| ▪ Zierbrunnen                     | <b>50 Jahre</b>                               |
| ▪ Lärmschutzwälle                 | <b>keine Abschreibung, da keine Abnutzung</b> |

Durchlässe, wie Unterführungen gelten nicht als selbständige Vermögensgegenstände. Sie sind dem Straßenkörper zuzurechnen.

## 4.2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Kontenart	061	Fahrzeuge
	062	Maschinen
	063	Technische Anlagen
	071	Betriebsvorrichtungen
	072	Betriebs- und Geschäftsausstattung
	073	Nutzpflanzen und Nutztiere
	075	Geringwertige Vermögensgegenstände

---

<sup>17</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand Juni 2017, S. 114 ff.

Auch hier werden die AHK reduziert um die kumulierte Abschreibung angesetzt.

Wie beim immateriellen Vermögen werden auch hier nur Gegenstände in die Eröffnungsbilanz aufgenommen, deren Anschaffung vom Eröffnungsbilanzstichtag maximal **sechs Jahre** zurückliegt. Aktiviert werden Gegenstände, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten mindestens **1.000 € netto** betragen. Bei der Erfassung und Bewertung der Feuerwehrfahrzeuge erfolgt eine Ausnahme dieser Regelung. Nach dem Eröffnungsbilanzstichtag 01.01.2019 angeschaffte Vermögensgegenstände werden nur erfasst und aktiviert, wenn die AHK mindestens 800 € netto betragen (Anpassung an neue steuerliche Wertgrenze).

Die Abschreibungen erfolgen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ist keine entsprechende betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bekannt, orientieren sie sich an der Abschreibungstabelle für Baden-Württemberg.

Sofern die Anschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen innerhalb der letzten sechs Jahre erfolgte, müssen diese in die Vermögensrechnung aufgenommen werden, auch wenn sie bereits abgeschrieben sind.

### 4.3 Finanzvermögen

#### 4.3.1 Sondervermögen

Kontenart	101	Anteile an verbundenen Unternehmen
	111	Beteiligung
	121	Sondervermögen

Hier sind die Anschaffungskosten anzusetzen, d.h. das von der Kommune eingebrachte Kapital.

Ist dieser Wert nicht bekannt, so darf das anteilige Eigenkapital (Stammkapital und eingebrachte Rücklagen) angesetzt werden (in der Bilanz des Unternehmens ausgewiesen).

Die Bilanzposition ist daher **jährlich neu zu ermitteln**.

Es erfolgt keine planmäßige Abschreibung.

Zweckverbandsmitgliedschaften sind nur zu bilanzieren, wenn sie als selbstständig verwertbarer, bewertbarer Vermögensgegenstand gelten. Zumindest bei Verbänden mit gesetzlicher Mitgliedschaft, wie z.B. Verband Region Stuttgart liegen diese Voraussetzungen i.d.R. nicht vor. Diese Beteiligungen sind dennoch namentlich unter der Bilanzposition „Sonstige Beteiligungen...“ zu nennen.<sup>18</sup> Die Regionalumlage gehört vollständig in den Ergebnishaushalt (auch Vermögensumlage).

Bei dem Vermögen von rechtlich selbständigen Stiftungen handelt es sich weder um Vermögen der Gemeinde noch um Sondervermögen, sondern um Treuhandvermögen. Eine Aufnahme in die Bilanz der Gemeinde erfolgt nicht.

Tritt die Gemeinde als Stifterin auf (die Gemeinde gewährt an eine Stiftung eine Stiftungsgabe), wird der Stiftungsbetrag nicht aktiviert, sondern als außerordentlicher Aufwand ausgewiesen.

Beim Vermögen von rechtlich unselbständigen Stiftungen handelt es sich um Sondervermögen, das in der kommunalen Bilanz unter den zutreffenden Bilanzpositionen anzusetzen ist.

#### 4.3.2 Ausleihungen

Kontenart	131	Ausleihungen
-----------	-----	--------------

Als Ausleihungen gelten ausschließlich finanzielle Forderungen, bspw. Genossenschaftsanteile, Hypotheken (=Kaufpreisforderungen, die besichert sind), Grund- und Rentenschulden und Darlehen.

---

<sup>18</sup> Leitfaden zur Bilanzierung BW, 3. Auflage, Stand Juni 2017, S. 125 ff.

Waren oder ähnliches, die geliehen sind, gelten NICHT als Ausleihungen. Die Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

### 4.3.3 Wertpapiere

Kontenart	141	Investmentzertifikate
	142	Kapitalmarktpapiere
	143	Geldmarktpapiere
	144	Finanzderivate
	149	sonstige Wertpapiere und sonstige Einlagen

Die Wertpapiere werden mit ihren Anschaffungskosten, nicht mit dem aktuellen Kurswert veranschlagt. Wenn der Kurs über ein ganzes Jahr über 20 Prozent unter den AHK liegt, wird der Wert berichtigt und die Differenz wird als außerordentlicher Aufwand im Ergebnishaushalt verbucht.

### 4.3.4 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen, Privatrechtliche Forderungen

Kontenart	151	Öffentlich-rechtliche Forderungen Dienstleistungen
	152	Steuerforderungen
	153	Forderungen aus Transferleistungen
	159	Übrige öffentlich-rechtliche Forderungen
	161	Privatrechtliche Forderungen Lieferung und Leistung
	168	Vorsteuer
	169	Übrige privatrechtliche Forderungen

Maßgeblich für den Ansatz der Forderungen ist nicht das Datum der Fälligkeit, sondern das Datum der Entstehung. Dieses Datum entspricht dem der Leistungserbringung, also dem des Bescheids.<sup>19</sup>

#### Beispiele:

- Bei Vertragsverhältnissen ist die Gegenleistung (Zahlung der Rechnung) nach Erbringung der Leistung und Rechnungsstellung zu bilanzieren, unabhängig von Zahlungsmodalitäten.
- Bei Zuschüsse und Zuwendungen sind Forderungen zu dem Zeitpunkt zu bilanzieren, wenn der Bewilligungsbescheid vorliegt (Bescheiddatum) und dessen (zentrale materielle) Bewilligungsaufgaben erfüllt sind.

Zur Ermittlung des Forderungsbestandes gelten die kameralen Kasseneinnahmereste als Grundlage. Diese sind vor der Übernahme in die Eröffnungsbilanz ordnungsgemäß und gewissenhaft auf deren Werthaltigkeit zu prüfen und ggf. zu bereinigen, da diese sonst später ergebniswirksam wertberichtigt werden müssen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob noch werthaltige Forderungen vorhanden sind, die befristet niedergeschlagen wurden.

Forderungen dürfen nur in der Höhe ausgewiesen werden, in der nach realistischer Betrachtung der Gesamtumstände tatsächlich mit einem Zahlungseingang gerechnet werden kann. Liegen Anhaltspunkte vor, nach denen der Zahlungseingang ungewiss ist oder ganz oder teilweise ein Zahlungsausfall droht, ist der jeweilige Wert der Forderung entsprechend zu bereinigen (Einzelwertberichtigung).

---

<sup>19</sup> § 43 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO.

## 5. Anlagen

### 5.1 Rückindizierungstabelle

Die Anlage enthält den durchschnittlichen Kaufwert des Bauland-Kaufwertindex des Bundeslandes Baden-Württemberg als Grundlage der Rückindizierung der Bodenwerte.

Durchschnittspreise von Bauland in Baden-Württemberg seit 1962 nach Baulandarten							
Jahr	Bauland insgesamt	Davon					
		baureifes Land	Rohbauland	Industrielan d	Land für	Freiflächen	
					Verkehrs-z wecke		
	EUR je m²	in %					
1974	20,65	24,83	14,58	10,68	8	4,97	12,66%
1975	24,6	29,03	14,82	10,79	8,12	13,04	15,08%
1976	27,32	33,39	14,46	11,16	5,48	9,17	16,75%
1977	30,21	37,23	15,86	12,1	13,33	20,39	18,52%
1978	32,36	39,96	15,84	16,54	6,08	10,5	19,84%
1979	34,14	44,88	16,63	16,89	5,67	8,29	20,93%
1980	42,03	55,49	19,11	16,11	6,66	18,35	25,76%
1981	47,23	65,21	19,23	20,19	7,5	17,76	28,95%
1982	57,41	76,08	22,13	22,49	7,27	10,96	35,19%
1983	55,36	74,87	20,99	21,5	5,25	11,1	33,94%
1984	61,16	78,07	25,92	36,46	32,31	11,39	37,49%
1985	63,83	78,95	22,73	48,48	13,31	33,29	39,13%
1986	67,28	86,63	22,7	41,82	22,09	19,34	41,24%
1987	65,59	86,66	20,33	37,24	24,52	22,78	40,21%
1988	70,67	91,66	25,12	41,35	22,82	22,86	43,32%
1989	73,88	91,75	23,83	60,58	17,63	33,62	45,29%
1990	76,41	101,21	27,88	52,04	33,41	20,23	46,84%
1991	80,07	107,29	28,06	47,98	16,61	57,7	49,08%
1992	83,45	110,47	27,92	47,74	23,76	41,17	51,16%
1993	91,09	120,46	33,25	41,59	42,14	29,91	55,84%
1994	97,52	125,97	46,05	52,33	33,81	38,15	59,78%
1995	93,85	130,74	32,24	64,02	84,13	33,76	57,53%
1996	102,64	131,75	31,74	70,73	60,43	40,22	62,92%
1997	116,04	152,44	28,65	61,66	50,62	40	71,13%
1998	105,04	146,07	26,87	58,9	25,02	35,5	64,39%
1999	109,45	142,99	27,83	68,73	35,06	26,31	67,09%
2000	106,98	151,17	29,81	64,8	45,63	117,52	65,58%
2001	117,32	156,4	28,69	75,43	172,87	23,41	71,92%
2002	127,17	154,9	37,58	61,65	53,34	29,08	77,96%
2003	138,55	164,24	31,16	84,18	37,34	37,93	84,93%
2004	144,67	175,42	46,52	53,99	60,5	40,25	88,68%
2005	156,46	188,74	44,48	72,04	102,86	97,95	95,91%
2006	137,1	174,78	45,39	79,8	36,84	78,88	84,04%
2007	143,2	182,37	43,88	73,57	83,83	39,41	87,78%
2008	132,13	170,63	36,07	72,13	209,21	41,85	81,00%
2009	138,02	167,77	36,22	56,26	237,27	–	84,61%
2010	166,4	195,46	38,64	69,92	441,82	–	102,00%
2011	168,78	195,92	57,72	85,24	·	·	103,46%
2012	161,1	183,79	45,35	86,03	94,16	104,79	98,76%
2013	155,62	184,08	47,34	85,45	255,72	21,29	95,40%
2014	163,13	184,33	44,89	93,46	·	·	100,00%